

# Leserbrief: "Druck der Bevölkerung zu gering"

14. März 2018

---

Zum Artikel mit dem Titel "Renaturierungspläne für Rißkanal stoßen auf Skepsis" in der SZ Biberach vom 24. Februar erreichte die Redaktion folgender Leserbrief:

Die Veränderung des Klimas und die zunehmende Verbauung fordern ihren Tribut. Wie man dem Artikel der "Schwäbischen Zeitung" zur Renaturierung des Rißkanals entnehmen kann, klagen Anwohner an der Riß über Wasser im Keller. Es ist kein Hochwasser, es kommt nicht von der Riß, aber wenn es regnet, gibt es doch zunehmend Probleme.

Sorge dürfte den Verantwortlichen machen, dass man den Zeitpunkt, seitdem dies so ist, relativ klar festmachen kann und dass es eigentlich 2011 im näheren Umfeld keine baulichen Veränderungen gegeben hat. Der Verdacht eines Besuchers, dass das Wasser-Phänomen möglicherweise etwas mit der Nordwest-Umfahrung und den Industrieneubauten im Aspach zu tun haben könnte, ist gar nicht so abwegig. Denn beim Wasser genügt es nicht in Klein-Klein zu denken, also, was ich vor Ort mache, wirkt sich auch vor Ort aus. Wasser ist ein überregionales Thema, mit ebenso massiven Auswirkungen.

Hier müssen andere Fragen gestellt werden. Zum Beispiel: "Wie wirkt sich eine Bebauung auf den Grundwasserpegelstand - auch im weiteren Umfeld - aus? Oder wie wirken sich massive Verdichtungen auf unterirdische Gewässerverläufe aus? Wo fließt Wasser hin bei Starkregenereignissen? Wo sammelt es sich? Und wo ist eine Bebauung aufgrund von Starkregenfällen problematisch? Die drei letzten Fragen beantwortet das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt im Zeitraum von wenigen Tagen. Warum sich Kommunen dieser Informationsquelle nicht bedienen, ist ganz einfach: Sie müssen es nicht - es gibt hierfür keine Gesetzeslage.

Seit einem Jahr fordert die Bürgerinitiative "Schutzgemeinschaft Rißtal" ein Flussgebietsmodell für die Riß unter Berücksichtigung von Starkregenereignissen. Aus dem geplanten Zeitfenster "März dieses Jahres" ist nun eine Prognose "von zwei bis fünf Jahren" bis zum Abschluss der Untersuchungen geworden. Warum das so ist, erläutern Fachleute pragmatisch: "Der Druck aus der Bevölkerung ist zu gering - Gesetze, die zu dieser Untersuchung verpflichten, gibt es nicht."

Eva-Maria Gaum, Galmutshöfen